

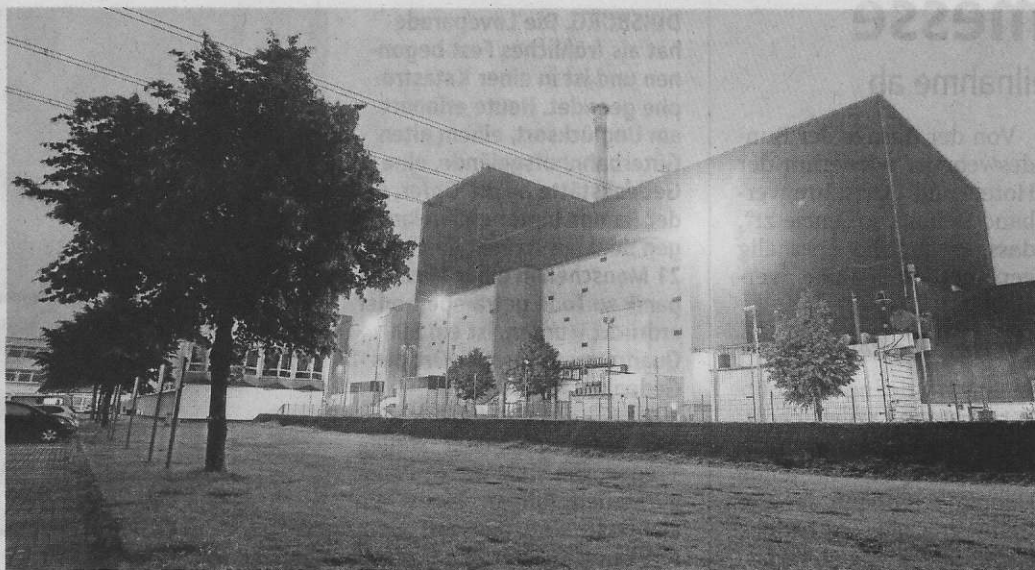
Streit um Atom-Kurs

EU offenbar für Subventionen bei der Kernkraft – Bundesregierung reagiert empört

BERLIN/BRÜSSEL. Sollen Bau und Betrieb von Atommeilern in Europa leichter staatliche Subventionen erhalten können? „Deutschland hat dagegen gestimmt. Das unterstütze ich“, bekräftigte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) Deutschlands ablehnende Haltung gegenüber möglichen Förderplänen.

Die „Süddeutsche Zeitung“ hatte unter Bezugnahme auf einen Entwurf für eine neue Beihilferichtlinie von Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia berichtet, Brüssel bereite erleichterte Hilfen für den Atomsektor vor. Der Sprecher dementierte zwar: „Die EU-Kommission möchte in keiner Form zu Subventionen für Kernkraft ermuntern.“ Doch räumte er zugleich ein, dass es einige Staaten gebe, die Atomkraft unterstützen wollten.

Die EU-Kommission bereitet neue Regeln für staatliche Beihilfen beim Umweltschutz und für die Energiebranche vor. Verboten seien solche Beihilfen nicht, heißt es beim Wettbewerbskommissar. Die Kontrolle der Kommission werde „völlig neutral“ im Hinblick auf Nuklearenergie bleiben, versicherte der Sprecher. Außerdem sei noch völlig offen, ob es überhaupt Regeln für den Energiesektor geben solle. Erst im Herbst soll mit den Mitgliedstaaten und den übrigen Beteiligten darüber gesprochen werden. Es klingt nach Schadensbe-



Das Kernkraftwerk Brunsbüttel in Schleswig-Holstein: Die EU-Kommission will einem Bericht zufolge den Bau und den Betrieb von Atomkraftwerken in Europa fördern.

Foto dpa

grenzung seitens der Kommission. Eilig versicherte man beim Wettbewerbskommissar auch, die Förderung erneuerbarer Energien sei „eine Priorität“ für die Kommission. In dem Entwurf ist auch festgehalten – durchaus zulasten der Atomkraftwerksbetreiber – dass die Verschmutzer, also die Atomanlagenbesitzer, die Kosten für Stilllegung und die Behandlung des radioaktiven Abfalls tragen sollten.

Der CDU-Europaabgeordnete Herbert Reul erklärte zum Sinn der möglichen Richtlinie: „Es geht nicht um EU-Subventionen für Kernkraftwerke, sondern um klare, einheitliche Regeln, unter welchen Umständen Kernkraftwerke von den einzelnen

Mitgliedstaaten gefördert werden können.“

In dem internen Paper wird laut Süddeutscher Zeitung festgestellt, dass der Ausbau der nuklearen Energieerzeu-

»Gegen alle Neubauten näher als 250 Kilometer zur deutschen Grenze muss Deutschland klagen.«

Ulrich Kelber, SPD-Fraktionsvize im Bundestag

gung ein Ziel der EU sei. Das Regelwerk für die Erlaubnis von Beihilfen sieht demnach vor, dass die Behörden zur Rechtfertigung von Subventionen nachweisen müssten, dass ein Meiler zur sicheren Versorgung des Landes ge-

braucht wird und die Investitionen zu hoch seien, um ihn privat zu finanzieren.

So geht es bei dem Streit auch um eine Interpretationsfrage: Während die einen darin nur überfällige Spielregeln sehen, erblicken die anderen in dem Regelwerk eine Art Anstiftung zum Bau neuer Kernkraftwerke. „Jetzt wollen die Lobbyisten also über die EU der Atomkraft als gefährlichste, teuerste und unflexibelste Stromerzeugung das Leben verlängern“, urteilte Ulrich Kelber, SPD-Fraktionsvize im Bundestag. Er verlangt: „Gegen alle Neubauten näher als 250 Kilometer zur deutschen Grenze muss Deutschland klagen.“

Christoph Slangen